

# Großer Krach um die Terrorabwehr

Die EU-Kommission will Risiken im Transportsektor minimieren – doch ihr Plan stößt auf herbe Kritik

PIA GRUND-LUDWIG | DÜSSELDORF

Im Ziel sind sich alle einig: Die Sicherheit in der Lieferkette soll steigen. Doch der Weg dorthin ist heftig umstritten: Auf beträchtlichen Widerstand stößt derzeit ein Vorschlag der EU-Kommission. Vor allem die Logistikverbände laufen Sturm und warnen vor einer Belastung der mittelständischen Unternehmen. Von Regulierungswut ist die Rede, und Gerhard Riemann, Präsidiumsmitglied des Bundesverbands Groß- und Außenhandel (BGA) warnt bereits vor einem „Verlust an Arbeitsplätzen und Standortsicherheit“.

Vorgesehen haben die Brüsseler, dass im Rahmen der Terrorismusbekämpfung die komplette Transportkette einschließlich der Lagerhaltung in einem Sicherheitskonzept integriert werden muss. Diese Architektur soll für Verlader und Speditionen, Transportfirmen, Umschlag-Einrichtungen und Binnenhäfen gelten. Unternehmen, die die Richtlinien einhalten, erhalten ein Zertifikat. Der Anreiz: Wer zertifiziert ist, profitiert von beschleunigten Verfahren bei der Abfertigung an Terminals oder Zollstellen.

Doch da beginnen die Probleme: Wird zum Beispiel der Status nach einem Verstoß aberkannt, ist ein erneuter Antrag erst nach zwei Jahren möglich. Und es eilt: Die Regeln zur Verleihung des Zertifikats müssten spätestens 18 Monate nach Erlass der Verordnung in nationales Recht umgesetzt sein. Dadurch wird nach Auffassung der EU-Kommission „das Bewusstsein für die Gefahrenabwehr in der Lieferkette geschärft“. Und nicht zertifizierte Unternehmen sollen gezielt kontrolliert werden.

Die Trennung sei nicht sinnvoll, moniert der BGA: „Die Privilegierung macht die zertifizierten Unternehmen für terroristische Gruppie-

rungen zu interessanten und damit wieder gefährdeten Objekten“, warnt der Verband. Ab 2009 soll das freiwillige System durch ein verbindliches abgelöst werden. Dann müssen sich alle Unternehmen auf verschärfte Anforderungen einstellen.

Die Logistikfachverbände, aber auch der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) sind zwar für Maßnahmen zur Terrorabwehr, halten aber die vorgeschlagenen Maßnahmen für zu teuer und unkoordiniert.

Außerdem passten sie nicht zu den bereits installierten Verfahren, so die Kritiker. Ginge es nach dem BDI, müsste die EU-Kommission ihr Sicherheitskonzept schnell nachbessern – auf Basis von Gefahranalysen und Kosten-Nutzen-Rechnungen.

Die Reihe der Kritiker ist lang: „Der pauschale und undifferenzierte Ansatz des Verordnungsentwurfs berücksichtigt die bereits bestehenden hohen Standards nicht und schränkt die Flexibilität der Transportkette

ein“, moniert Thomas Hailer, Geschäftsführer des Deutschen Verkehrsforums. Hans-Jörg Hager, Präsidiumsmitglied des Deutschen Verkehrsforums, warnt vor einem „neuen Kostentreiber“ und „Bürokratiemonster“. Auch stehe der Verordnungsentwurf in Widerspruch zu den Bestrebungen, die Zollabfertigung an den Außengrenzen der EU zu vereinfachen. Beschleunigte Verfahren sind bereits im Einsatz.

Das Verkehrsforum präzisiert den Vorwurf der hohen Kosten: Bei Unternehmen ab 50 Mitarbeitern koste die Umsetzung der Pläne 130 000 bis 300 000 Euro pro Jahr – plus einmalige Implementierungskosten in derselben Höhe. Die Zahlen hat die norwegische Sicherheitsfirma Det Norske Veritas im Auftrag der EU ermittelt. „Diese Kosten sind nach unseren Berechnungen nur durch Umsatzsteigerungen von sechs bis zehn Millionen Euro pro Unternehmen möglich“, sagt Großhandels-Lobbyist Riemann. Das sei unrealistisch.

Mittlerweile hat sich auch das Bundeswirtschaftsministerium zu Wort gemeldet. Wirtschaftsstaatssekretär Joachim Wuermeling bemängelt, der derzeitige Entwurf „schieße deutlich über das Ziel hinaus“.

Im Chor der Kritiker sind nur wenige Stimmen zu hören, die der Verordnung auch Positives abgewinnen. Matthias Merz, Gesellschafter der AWB Steuerprüfungsgesellschaft, ist die Debatte zu polarisierend. Er sitzt als deutscher Vertreter in der Trusted Trade Alliance und sieht die Verordnung als Chance für die Logistikbranche: „Es gäbe dann möglicherweise weniger Verluste durch Diebstahl.“ Auch könnte das Zertifikat als Differenzierungsinstrument den Standort Deutschland stärken. „Diese Sichtweise kommt in der bisherigen Auseinandersetzung zu kurz“, moniert er.



Foto: ddp

Transporteure geraten im Zuge der Terrorabwehr ins Visier der Gesetzeshüter: Die EU will mit einer neuen Vignette die Sicherheit im Landverkehr erhöhen.

## SICHERHEIT IN DER LIEFERKETTE

### Das Vorhaben

Im Februar 2006 wurde dem Europäischen Parlament und dem Europäischen Rat der Entwurf für eine „Verordnung zur Sicherheit der Lieferkette“ vorgelegt. Die gesamte Gütertransportkette einschließlich der Lagerhaltung

soll in ein Sicherheitskonzept gegossen werden. Dabei ist vorgesehen, dass nationale Behörden den Firmen Zertifikate ausstellen – eine Art Unbedenklichkeits-Siegel. Ziel ist eine bessere Sicherung des europäischen Landverkehrs gegen Terrorismus.

### Der Zeitplan

Im Oktober 2006 endet die Konsultation im Europäischen Parlament zu den Vorschlägen. Im November oder Dezember beraten dann Parlamentsausschüsse. Anfang 2007 soll über die Verordnung im Parlament abgestimmt werden.